

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.825.482

Wien, am 17. Jänner 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Steger, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. November 2022 unter der Nr. **13081/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Finanzierung der US-Kriegsindustrie über die EU-Milliardenhilfen an die Ukraine“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 11:

- 1. Wie hoch ist der Anteil, den Österreich im Rahmen der EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine bereitstellt?*
- 2. Können Sie ausschließen, dass die milliardenhohe EU-Makrofinanzhilfe an die Ukraine nicht für den Sold ukrainischer Streitkräfte ausgegeben wird?*
- 3. Insofern Sie dies nicht ausschließen können, welche Maßnahmen werden Sie nun mit dem Wissen ergreifen, dass Österreich im Rahmen der EU-Makrofinanzhilfe die Truppen eines sich im Krieg befindenden Staates mitfinanziert?*
- 4. Wie hoch ist der Anteil Österreichs im Rahmen von weiteren Finanzierungshilfen der Europäischen Union für die Ukraine?*

5. *Inwiefern können Sie ausschließen, dass Gelder aus diesen Finanzierungshilfen für den Sold ukrainischer Streitkräfte ausgegeben werden?*
6. *Insofern Sie dies nicht ausschließen können, welche Maßnahmen werden Sie nun mit dem Wissen ergreifen, dass Österreich im Rahmen von weiteren EU-Finanzierungshilfen die Truppen eines sich im Krieg befindenden Staates mitfinanziert?*
7. *In welcher Höhe hat Österreich die Ukraine auf bilateraler Ebene seit dem Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 unterstützt?*
8. *Inwiefern können Sie ausschließen, dass diese auf bilateraler Ebene erfolgte Unterstützung für den Sold ukrainischer Streitkräfte ausgegeben wird?*
9. *Insofern Sie dies nicht ausschließen können, welche Maßnahmen werden Sie nun mit dem Wissen ergreifen, dass Österreich im Rahmen von bilateraler Unterstützung die Truppen eines sich im Krieg befindenden Staates mitfinanziert?*
10. *Inwiefern ist Ihnen bewusst, dass die von den EU-Mitgliedstaaten (inkl. Österreich) der Ukraine zur Verfügung gestellten Gelder von der Ukraine dafür verwendet werden, um deren Schulden bei den USA - für die Ausleihung amerikanischer Waffensysteme und Ausrüstung - zu begleichen?*
11. *Insofern Ihnen dieser Umstand bislang nicht bewusst war, welche Maßnahmen werden Sie nun setzten, um zu verhindern, dass die Gelder österreichischer Steuerzahler der amerikanischen Kriegsindustrie zugutekommen?*

Die Makrofinanzhilfe (MFA) der Europäischen Union ist eine finanzielle Soforthilfe, finanziert und ausbezahlt durch die Europäische Kommission, zur Unterstützung von Drittstaaten, insbesondere ihrer wirtschaftlichen Widerstandskraft und Stabilität. Der EU-Haushalt wird im Wesentlichen durch Beiträge der Mitgliedsstaaten finanziert, insofern ergibt sich ein Anteil Österreichs. Es gibt folgende durchgeführte und geplante MFA für die Ukraine 2022 und 2023:

- Die makroökonomische Soforthilfe, die vor der russischen Invasion mit dem Beschluss (EU) 2022/313 des Europäischen Parlaments und des Rates bereitgestellt wurde, umfasste Darlehen in der Höhe von 1,2 Mrd. Euro für die Ukraine, die in zwei Tranchen von jeweils 600 Mio. Euro im März und Mai 2022 ausgezahlt wurden.
- Der Europäische Rat verurteilte im Juni die russische Aggression gegen die Ukraine und bekräftigte, fest an der Seite der Ukraine zu stehen und weiterhin Unterstützung für die wirtschaftliche, militärische, soziale und finanzielle Resilienz der Ukraine zu leisten. Der Europäische Rat unterstützte daher eine konzessionelle Makrofinanzhilfe (MFA) in der Höhe von 9 Mrd. Euro.

- Der finanzielle Soforthilfebedarf für die Ukraine im Jahr 2023 beträgt rund 38 Mrd. Euro. Die Europäische Union hat die Absicht, davon rund ein Drittel zu übernehmen. Die Europäische Kommission hat entsprechend dem Ersuchen des Europäischen Rates vom 20. und 21. Oktober 2022 eine strukturelle Lösung für die Unterstützung der Ukraine in der Höhe von 18 Mrd. Euro ebenfalls in Form einer konzessionellen MFA vorgelegt. Die Haftung erfolgt aus dem EU-Haushalt. Auszahlungen sollen ab Jänner 2023 erfolgen.

Gemäß Verordnungstext über die MFA für die Ukraine im Jahr 2023 wird das Instrument insbesondere Folgendes unterstützen:

- a) die Finanzierung des Finanzierungsbedarfs der Ukraine im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der makrofinanziellen Stabilität des Landes;
- b) Rehabilitation, z. B. bei der Wiederherstellung kritischer Infrastrukturen wie Energieinfrastrukturen, Wasserversorgungssystemen, Verkehrsnetzen, Binnenstraßen oder Brücken oder in strategischen Wirtschaftssektoren und sozialen Infrastrukturen, wie Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Wohnraum für umgesiedelte Personen, einschließlich Übergangs- und Sozialwohnungen;
- c) sektorale und institutionelle Reformen, einschließlich Korruptionsbekämpfung und Justizreformen, Achtung der Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Modernisierung der nationalen und lokalen Institutionen;
- d) Vorbereitung des Wiederaufbaus der Ukraine;
- e) Unterstützung der Angleichung des Rechtsrahmens der Ukraine an den der Union und der Integration des Landes in den Binnenmarkt sowie Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und
- f) Stärkung der Verwaltungskapazität der Ukraine durch geeignete Mittel, einschließlich des Einsatzes technischer Hilfe.

Zur Unterstützung der Ukraine stellt die Europäische Union sowohl letale als auch nicht-letale Ausrüstung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Verfügung. Österreich hat in Bezug auf die Lieferung letaler Ausrüstung von der sogenannten konstruktiven Enthaltung Gebrauch gemacht. Das bedeutet, dass Österreich die Lieferung von tödlicher Ausrüstung nicht mitfinanziert und stattdessen einen freiwilligen Beitrag zu einer anderen, nicht sensiblen Maßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität leistet. Österreich hat bei der Annahme der Unterstützungsmaßnahmen durch die EU eine Protokollklärung mit dem Hinweis auf den besonderen Charakter der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik abgegeben.

Die Unterstützungsleistungen Österreichs an die Ukraine und Nachbarstaaten belaufen sich auf über 112 Millionen Euro. Dabei handelt es sich um das bisher größte humanitäre Hilfspaket, das Österreich je bereitgestellt hat. Mit 59,56 Millionen Euro wurde der Großteil der Hilfen aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland an Nichtregierungsorganisationen für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten der Hilfsorganisationen konzentrieren sich auf Soforthilfe, die Bereitstellung von Notunterkünften, die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln, die grundlegende medizinische Versorgung und die spezielle Unterstützung angesichts des Winters, besonders für die vulnerabelsten Personen, wie Frauen, Kinder und Verwundete. Der Rest der Unterstützungsleistungen setzt sich aus Mitteln für die Weltbank, für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, für Projekte der Vereinten Nationen zum Wiederaufbau der Ukraine und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Zusammenhang mit dem Monitoring von Menschenrechten, für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie für den Internationalen Strafgerichtshof zusammen. Außerdem wurde das Budget der Austrian Development Agency im Jahr 2022 in Hinblick auf die besonders betroffene Republik Moldau aufgestockt. Ergänzt wird das Unterstützungspaket durch die Soforthilfe der Bundesländer in der Höhe von 2 Mio. Euro.

Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung lieferte Österreich bislang im Wege des Zivilschutzmechanismus der EU rund 1.100 Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine, Moldau, Polen, Slowakei und Tschechien. Zu den umfassenden Sachspenden für die Ukraine zählen Dieseltreibstoff, Schutzhelme, Schutzwesten, Transformatoren, Heizkanonen, Stromgeneratoren, Laptops, Feuerwehrausrüstung, Schutzmasken und Medikamente. Darüber hinaus wurden der Ukraine mehrere Fahrzeuge, darunter Feuerwehrfahrzeuge, Rettungsfahrzeuge, Linienbusse und ein Müllwagen, zur Verfügung gestellt.

Österreich zeigt sich auch solidarisch gegenüber den zahlreichen Schutzsuchenden, die aufgrund der russischen Aggression aus der Ukraine geflohen sind. Bisher wurden 93.013 Schutzbedürftige in Österreich aufgenommen. Im Wege von Evakuierungsflügen wurden zusätzlich bereits 571 vulnerable Personen von Moldau nach Österreich überstellt. Im Rahmen einer weiteren Initiative werden Schwerverletzte aus der Ukraine in Österreich aufgenommen.

Neben dieser staatlich organisierten Hilfeleistung gibt es zahlreiche Hilfsaktionen im privaten Bereich. Diese werden soweit als möglich über die Gemeinden oder verschiedene regionale und überregionale Hilfsorganisationen koordiniert.

Zu den Fragen 12 bis 14:

- 12. Wieso stimmten Sie bei der Sitzung des Europäischen Rates am 20./21. Oktober 2022 einer - wie von offiziellen Regierungsvertretern aus Washington gefordert - strukturellen und monatlichen EU-Finanzhilfe für die Ukraine in Milliardenhöhe zu?*
- 13. Mit welchen Personen beratschlagten Sie sich diesbezüglich?*
- 14. Hatten Sie oder Ihre Mitarbeiter im Vorfeld dieser Entscheidung Kontakt zu amerikanischen Regierungsvertretern oder deren Mitarbeitern?*
 - a. Wenn ja, welchen Inhalt hatten diese Gespräche?*

Die Unterstützung für die Ukraine steht außer Frage. Wie bereits erwähnt, beschloss der Europäische Rat am 20. und 21. Oktober 2022, gemeinsam mit internationalen Partnern und Finanzierungsinstitutionen die Soforthilfe, Rehabilitation und den Wiederaufbau in der Ukraine zu unterstützen und ersuchte die Europäische Kommission, eine strukturiere Lösung für die Bereitstellung von Finanzhilfe für die Ukraine vorzulegen, sowie den Rat der EU, diese Lösung voranzubringen.

Karl Nehammer

